

# Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch: StGB Band 4: §§ 185-262

Bearbeitet von

Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Joecks, und Dr. Klaus Mießbach, Richter am Bundesgerichtshof a.D., Bearbeitet von Prof. Dr. Karsten Altenhain, Prof. Dr. Beatrice Brunhöber, Jürgen Cierniak, Richter am Bundesgerichtshof, Dr. Steffen Cramer, Rechtsanwalt, Jan Gericke, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Jürgen Peter Graf, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Walter Gropp, Prof. Dr. Bernhard Hardtung, Dr. Olaf Hohmann, Rechtsanwalt, Stefan Maier, Vorsitzender Richter am Landgericht, Dr. Stephan Neuheuser, Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft, Dr. Holger Niehaus, Richter am Landgericht, Christian Pegel, Minister, Prof. Dr. Jürgen Regge, Prof. Dr. Joachim Renzikowski, Dr. Günther M. Sander, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Roland Schmitz, Prof. Dr. Hartmut Schneider, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Arndt Sinn, und Dr. Brunhild Wieck-Noodt, Leitende Oberstaatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft, (Sachverzeichnis) Helene Hechtl

3. Auflage 2018. Buch. XLV, 2074 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 68554 5

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Strafgesetzbuch](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

von *Schünemann*<sup>129</sup> zur Begründung der Straflosigkeit auch in solchen Fällen angeführten Argumente erscheinen zwar gewichtig, dem Wortsinn und Schutzzweck entsprechend ist jedoch einer engen Auslegung der Vorschrift der Vorzug zu geben. Die Unbefangenheit menschlicher Kommunikation hat auch bei geschäftlichen Besprechungen Vorrang,<sup>130</sup> zumal ein Geschäftspartner mit einem Abhören durch Dritte nicht rechnet und mit der hierdurch gegebenen unerkannten Schwächung seiner Position kaum einverstanden sein dürfte. Zudem sind solche „Behelfslösungen“ nicht erforderlich, da moderne Kommunikationssysteme (Konferenzschaltungen ua) ebenso wie das vorherige Einholen der Zustimmung bei eventuellen Bedarfsfällen ausreichende Möglichkeiten zur Lösung solcher Fragen bieten. Letztlich würde bei vorgenannten Sachverhalten eine sachgerechte Abgrenzung unmöglich, wenn anlässlich der Besprechung auch andere, mit dem Geschäftszweck nicht zusammenhängende oder private Mitteilungen gemacht werden.

**bb) Begriff des Abhörens.** Der Begriff des Abhörens beinhaltet nicht allein die reine Sinneswahrnehmung des „Hörens“, sondern weist auf ein willensgesteuertes, gezieltes Verhalten<sup>131</sup> des Täters hin in der Bedeutung eines „Horchens“ und „Ausforschens“. Daraus folgt, dass ein zufälliges Mithören eines Gesprächs allenfalls dann tatbestandsmäßig sein kann, wenn der Zuhörer für das Abhörgerät entweder verantwortlich ist oder es (versehentlich) eingeschaltet hat. Nur insoweit käme ein Unterlassungsdelikt bei entsprechender Garantstellung in Betracht.<sup>132</sup> In den übrigen Fällen ist der unbeabsichtigt Mithörende weder zu einem „Weghören“ noch „Weggehen“ verpflichtet. Dies gilt auch für das zufällige Mithören eines fremden Telefonats infolge einer technischen Fehlschaltung.<sup>133</sup> – Ein **Verstehen** der gesprochenen Worte wird vom Begriff des Abhörens ebenso wenig erfordert wie eine unmittelbare **Kenntnisnahme**.<sup>134</sup> Ausreichend ist die (evtl. automatisch ausgelöste) Aufzeichnung der „abgehörten“ Worte,<sup>135</sup> um sie später wiederzugeben oder „weiterzuverarbeiten“. Auch kann sich der Täter sowohl hinsichtlich der Installation des Gerätes als auch des Abhörvorgangs selbst der Hilfe anderer bedienen.<sup>136</sup> Falls die Abhöreinrichtung allerdings versagt, ist nur ein gemäß Abs. 4 strafbarer Versuch gegeben.

**cc) Abhörgeräte.** Abhörgeräte sind nach einer dem Gesetzgebungsverfahren zugrunde liegenden Definition besondere Hilfsmittel, die „das gesprochene Wort über dessen Klangbereich hinaus durch Verstärkung oder Übertragung unmittelbar wahrnehmbar“ machen.<sup>137</sup> Da eine spezielle technische oder gar elektronische Ausstattung des Abhörgerätes nicht vorausgesetzt ist, werden einfachere Vorrichtungen wie Hörrohre<sup>138</sup> oder Stethoskope zum Lauschen an Wänden, Decken, Fenstern oder Türen ebenso erfasst wie technisch aufwändigere Vorrichtungen vom einfachen Mikrophon und Richtmikrophon bis hin zum Minispyon oder Mikrosender. Dabei kommt es vor allem darauf an, ob eine technische Vorrichtung zu dem besonderen Zweck verwendet wird, fremde Gespräche einem Dritten zugänglich zu machen,<sup>139</sup> so dass auch eine zweckwidrig benutzte Bürosprechanlage tatbestandsmäßig sein kann.<sup>140</sup> Ebenso können moderne Telekommunikationsmittel in einer konkreten Verwendung Abhörgeräte darstellen, so beispielsweise ein am Tatort hinterlasse-

<sup>129</sup> LK-StGB/Schünemann Rn. 21.

<sup>130</sup> So auch NK-StGB/Kargl Rn. 15; vgl. auch BVerfG 19.12.1991 – 1 BvR 382/85, NJW 1992, 815 (816); aA OLG Jena 27.9.2005 – 8 U 861/04, MDR 2006, 533.

<sup>131</sup> Wörmer S. 199 f.; vgl. auch BeckTKG-Kommentar/Bock TKG § 89 Rn. 4; Scheurle/Mayen/Zerres TKG § 89 Rn. 5.

<sup>132</sup> Vgl. hierzu Arzt S. 253; Helle S. 273; LK-StGB/Schünemann Rn. 19.

<sup>133</sup> Helle (S. 272) weist insoweit zu Recht darauf hin, dass es dabei nicht auf die fehlende Eigenschaft des Telefons als Abhörgerät ankommt; hierauf abstellend: Lackner/Kühl/Kühl Rn. 5; SK-StGB/Samson Rn. 19.

<sup>134</sup> LK-StGB/Schünemann Rn. 18; Helle S. 273; aA SK-StGB/Samson Rn. 19.

<sup>135</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 20; LK-StGB/Schünemann Rn. 18.

<sup>136</sup> Arzt S. 249 f.; Wörmer S. 292 f.; Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 20.

<sup>137</sup> Begründung zu § 183 E 1962 S. 332.

<sup>138</sup> SK-StGB/Samson Rn. 18; Lackner/Kühl/Kühl Rn. 5.

<sup>139</sup> So bereits Materialien zu § 183 E 1960 S. 311.

<sup>140</sup> Insoweit unentschieden BAG 2.6.1982 – 2 AZR 1237/79, NJW 1983, 1691 (1693).

§ 201 33, 34 BT. 15. Abschnitt. Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

nes oder der zu belauschenden Person zugestecktes Mobiltelefon (mit automatischer Rufannahme oder zusätzlicher sprachgesteuerter Wähleinrichtung), in gleicher Weise eine heimlich betriebene PC-Kamera (Webcam) oder selbstständig betriebene Internetcamera, jeweils mit Tonübertragung, deren aufgenommene Daten über eine Internet-Verbindung weiter übermittelt werden. Auch die Aufzeichnung mittels Software eines Laptops oder Notebooks, eines Tablets oder Smartphones wird erfasst. Auf die zur Abgrenzung teilweise vorgenommene Unterscheidung, ob es sich um ein allgemein erlaubtes, behördlich zugelassenes oder verbotenes Gerät handelt, kommt es für den **Begriff des Abhörgerätes** demgegenüber nicht an.<sup>141</sup> – Ein „Abhören“ iS der Vorschrift kann auch bei allgemein verfügbaren Empfangsgeräten für CB-Funk vorliegen, wenn dem Benutzer bekannt ist, dass auf der eingestellten Frequenz Nachrichten oder Gespräche übertragen werden, die weder für ihn persönlich, die Allgemeinheit oder einen unbestimmten Personenkreis bestimmt sind.<sup>142</sup> In solchen Fällen kommt zusätzlich eine Strafbarkeit gemäß § 89 iVm § 148 TKG in Betracht. Die Möglichkeit des Abhörens von Gesprächen in fremden – verschlüsselten oder unverschlüsselten – **WLAN-Netzen** dürfte zumeist daran scheitern, dass Ton (Voice) – Verbindungen im Rahmen von Internettelefonaten oder beispielsweise Whatsapp regelmäßig in einer Weise verschlüsselt sind, so dass die abgehörten Gesprächsdaten nicht in hörbare Wortfolgen umgewandelt (entschlüsselt) werden können.

33 **Telefone** sind in ihrer „normalen“ Verwendung als Fernsprecher keine Abhöreinrichtungen,<sup>143</sup> selbst wenn infolge einer Fehlschaltung oder einer anderen technischen Störung ein Mithören fremder Gespräche möglich ist.<sup>144</sup> Die zwischenzeitlich zum Standard handelsüblicher Telefone und Smartphones gehörenden **Zusatzausstattungen** wie Lautsprecher und Freisprecheinrichtungen, welche ein Mithören des Gesprächs ermöglichen, entsprechen nicht (mehr) dem Wortbegriff des Abhörgerätes,<sup>145</sup> zumal in Kraftfahrzeugen die Verwendung einer Freisprecheinrichtung beim Telefonieren für den Fahrer vorgeschrieben ist<sup>146</sup> und Mitfahrer sich einem Mithören von dessen Telefonaten gar nicht verschließen können. Darüber hinaus hatte die Rechtsprechung auch bereits zuvor andere zum Mithören verwendete Zusatzeinrichtungen wie Hörmuschel,<sup>147</sup> Zweithörer oder Zweitapparat<sup>148</sup> nicht als Abhörgeräte iS von § 201 beurteilt, da „unter heutigen Verhältnissen grundsätzlich jedermann damit rechnen muss, dass sein Telefongespräch mittels eines Zweithörers oder auf andere Weise Dritten unmittelbar zugänglich ist“.<sup>149</sup> Demgegenüber sind Geräte zum „Anzapfen“ von Telefonleitungen oder in Telefonapparate eingebrachte Minisender uÄ unerlaubte Abhörmittel.

34 d) **Öffentliches Mitteilen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes in den Fällen des Abs. 2 S. 1 Nr. 2.** Die Tathandlung des Abs. 2 S. 1 Nr. 2 erweitert den Anwendungsbereich des § 201 auf das öffentliche Mitteilen des nach Abs. 1 Nr. 1 aufgenommenen

<sup>141</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 19; NK-StGB/Kargl Rn. 17.

<sup>142</sup> BeckTKG-Kommentar/Bock TKG § 89 Rn. 4; siehe auch den Sachverhalt der Entscheidung des BayObLG 9.2.1999 – 4 St RR 7/99, TRkom 1999, 40, ohne dass aber eine Strafbarkeit gem. § 201 erörtert wird; aA Scheurle/Mayen/Zerres TKG § 89 Rn. 6.

<sup>143</sup> Begründung zu § 183 E 1960 S. 311; Lackner/Kühl/Kühl Rn. 5; SK-StGB/Samson Rn. 18.

<sup>144</sup> Begründung zu § 183 E 1960 S. 311; → Rn. 30.

<sup>145</sup> BGH(Z) 17.2.1982 – VIII ZR 29/81, NJW 1982, 1397 (1398); OLG Düsseldorf 21.1.2000 – 22 U 127/99, NJW 2000, 1578 (1579); im Ergebnis auch Wessels/Hettinger Rn. 541.

<sup>146</sup> § 23 Abs. 1a StVO.

<sup>147</sup> OLG Hamm 13.1.1998 – 1 Ss 811/87, NStZ 1988, 515 mAnm Amelung (515) = StV 1988, 374 (375) m. abl. Anm. Krehl StV 1988, 376; aA AG Lübeck 20.5.1981 – 11 C 226/81, MDR 1981, 940 (allerdings ohne nähere Angaben zu dem am Telefonapparat angebrachten Abhörgerät); LAG Bln 15.2.1982 – 9 Sa 108/81, JZ 1982, 258; Werner NJW 1988, 993 (996).

<sup>148</sup> LG Regensburg 23.2.1983 – 1 Qs 111/82, NStZ 1983, 366.

<sup>149</sup> BGH 13.5.1996 – GSSt 1/96, BGHSt 42, 139 (154); BGH(Z) 17.2.1982 – VIII ZR 29/81, NJW 1982, 1397 (1398) = JR 1982, 373 (374) m. zust. Anm. Schlund (374 f.); BGH 8.10.1993 – 2 StR 400/93, BGHSt 39, 335 (343) = NJW 1994, 596 (598) = NStZ 1994, 292 (293) mAnm Welp (294 f.), Bespr. Jung JuS 1994, 617 (618); D. Sternberg-Lieben Jura 1995, 299 (303); Otto BT § 34 I 2; Lackner/Kühl/Kühl Rn. 5; SK-StGB/Samson Rn. 18; krit. BAG 29.10.1997 – 5 AZR 508/96, NJW 1998, 1331 (1332); Schmitz JA 1995, 118 (120); aA LK-StGB/Schünemann Rn. 18; Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 19.

oder nach Abs. 2 S. 1 Nr. 1 abgehörten nichtöffentlich gesprochenen Wortes eines anderen. Nachdem der Gesetzgeber des EGStGB eine solche Regelung noch abgelehnt hatte,<sup>150</sup> machten einige spektakuläre Veröffentlichungen von abgehörten Telefonaten aus Politik und Industrie<sup>151</sup> die damals vorhandene Strafbarkeitslücke deutlich. Weitere serienmäßige Veröffentlichungen von im Vorfeld der deutschen Einigung erlangten Informationen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR über den Inhalt großflächig abgehörter Telefongespräche westdeutscher Politiker ließen es als politisch unbefriedigend empfinden, wenn „zwar das Abhören selbst, nicht aber die Publizierung dieser illegal gewonnenen Erkenntnisse bestraft werden“ könne;<sup>152</sup> zudem wurden die auf dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht beruhenden Ansprüche auf Unterlassung und Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens in solchen Fällen für ungenügend gehalten und die fehlende „abschreckende Wirkung“ bemängelt.<sup>153</sup> Die darauf durch das 25. StÄG vom 20.8.1990<sup>154</sup> erfolgte Ergänzung wurde vor allem damit begründet, dass das bislang straflose Veröffentlichen „vielfach dem unbefugten Aufnehmen oder Abhören erst ihren Sinn“ gibt.<sup>155</sup> Allerdings wird der ursprüngliche Zweck der Vorschrift, die Unbefangenheit mündlicher Äußerungen und deren akustisches Erscheinungsbild zu schützen, hierdurch erweitert auf die unbefugte Weitergabe des (wesentlichen) Inhalts einer Äußerung und somit eine Art Indiskretionsdelikt geschaffen, welches einer „Informationshehlerei“<sup>156</sup> gleichkommt.

**aa) Tatobjekt.** Tatobjekt der neugeschaffenen Tatvariante ist **„das nach Absatz 1 Nr. 1 35 aufgenommenen oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort“**. Wenn auch aus diesen Bezugnahmen nicht klar hervorgeht, ob sie jeweils das vorangestellte Merkmal „unbefugt“ beinhalten,<sup>157</sup> ist der Gesetzgeber hiervon ohne Zweifel ausgegangen.<sup>158</sup> Das ist auch sachgerecht, weil ebenso wie bei der Tatvariante des Abs. 1 Nr. 2 mit Einwilligung des Sprechers aufgezeichnete oder abgehörte Worte nicht mehr „flüchtig“ sind und die damit einhergehende Gefahr eines Missbrauchs durch öffentliche Mitteilung in dessen Risikobereich fällt (→ Rn. 25).<sup>159</sup> Bei Sachverhalten, denen kein Einverständnis zugrunde liegt, Aufzeichnung oder Abhören aber aus anderen Gründen gerechtfertigt waren (→ Rn. 25), dürfte ein darüber hinaus reichendes öffentliches Mitteilen in der Regel „unbefugt“ sein;<sup>160</sup> der insoweit erforderliche Interessenausgleich wird durch Anwendung der Bagatelklausele des Abs. 2 S. 2 (→ Rn. 38) und des besonderen Rechtfertigungsgrundes gemäß Abs. 2 S. 3 (→ Rn. 54) erzielt.

**bb) Tathandlung.** Tathandlung ist die öffentliche Mitteilung der aufgenommenen oder 36 abgehörten Worte im Wortlaut oder ihrem wesentlichen Inhalt nach. **Öffentlich mitteilen** bedeutet, etwas für einen nach Zahl und Individualität unbestimmten oder für einen nicht durch persönliche Beziehungen innerlich verbundenen größeren bestimmten Kreis von Personen zugänglich zu machen,<sup>161</sup> insoweit entsprechend der Auslegung dieses Merkmals in Rechtsprechung und Literatur zu § 353d Nr. 3.<sup>162</sup> Die Weitergabe an einen zahlenmäßig

<sup>150</sup> → Rn. 6.

<sup>151</sup> Zu den näheren Einzelheiten siehe BT-Drs. 11/6714, 3.

<sup>152</sup> BT-Drs. 11/7414, 3.

<sup>153</sup> BT-Drs. 11/7414, 3.

<sup>154</sup> BGBl. I S. 1764.

<sup>155</sup> BT-Drs. 11/6714, 3.

<sup>156</sup> Ausführlich hierzu *Lenckner*, FS Baumann, 1992, 137; siehe auch *Schilling* JZ 1980, 7 (10).

<sup>157</sup> Siehe zum gleichen Auslegungsproblem bei Abs. 1 Nr. 2 → Rn. 24.

<sup>158</sup> BT-Drs. 11/6714, 3; in der Stellungnahme des Rechtsausschusses findet sich die Umschreibung „illegales Abhören oder Aufnehmen“ (BT-Drs. 11/7414, 3), womit aber nach dem gesamten Kontext „unbefugtes Abhören oder Aufnehmen“ gemeint war.

<sup>159</sup> Im Ergebnis ebenso *Lackner/Kühl/Kühl* Rn. 6; ausführlich *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele* Rn. 23.

<sup>160</sup> So auch *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele* Rn. 23 unter Verweis auf Pressezitate aus rechtmäßigen Abhörmaßnahmen gemäß §§ 100a ff. StPO.

<sup>161</sup> Rechtsprechung zum identischen Begriff des § 353d Nr. 3: AG Weinheim 20.12.1993 – 5 Ds 29/93, NJW 1993, 1543 (1544) m. Bespr. *Wilhelm* (1520 f.); LG Mannheim 17.4.1996 – (10) 5 Ns 16/94, NStZ-RR 1996, 360 (361).

<sup>162</sup> So die Begründung des Gesetzesentwurfs BT-Drs. 11/6714, 3.

§ 201 37, 38 BT. 15. Abschnitt. Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

kleinen, mit dem Mitteilenden persönlich verbundenen Personenkreis ist daher nicht ausreichend.<sup>163</sup> Demgegenüber ist eine tatsächliche Kenntnisnahme von der Mitteilung nicht erforderlich.<sup>164</sup> Auch kommt es nicht auf die Art der Veröffentlichung an,<sup>165</sup> dh sie kann schriftlich, mündlich oder auch über die verschiedenen Möglichkeiten des Internets erfolgen. Nach hM soll eine Mitteilung in einer geschlossenen Pressekonferenz nichtöffentlich sein,<sup>166</sup> was aber angesichts der inzwischen oftmals nahezu zeitgleich stattfindenden Verbreitung über TV-Berichterstattung und Internet-Datendienste nicht mehr zutreffend erscheint. – **Im Wortlaut** bedeutet nicht die vollständige Wiedergabe einer Äußerung;<sup>167</sup> es genügt die Mitteilung eines wesentlichen Teils, die allerdings wortgetreu erfolgen muss.<sup>168</sup> Letztlich kommt es hierauf nicht entscheidend an, da auch die Wiedergabe des gesprochenen Worts **dem wesentlichen Inhalt nach** als Tathandlung ausreicht, „weil eine Beschränkung auf den Wortlaut in der Praxis nicht gerecht würde und den neuen Tatbestand insgesamt ins Leere gehen ließe“.<sup>169</sup> Ausreichend ist daher eine sinngemäße Darstellung,<sup>170</sup> auch mit Kürzungen oder sprachlichen Umformulierungen, die eine im Großen und Ganzen zutreffende Vorstellung von der Äußerung vermittelt.<sup>171</sup> Zudem muss erkennbar sein, wessen Äußerung wiedergegeben wird, ohne dass eine Namensnennung zwingend erforderlich ist.<sup>172</sup> Nähere Umstände und Zeitpunkt einer Äußerung brauchen nicht mitgeteilt zu werden, da solche sich aus einer Tonaufzeichnung meist auch nicht ergeben würden.

37 Auch wenn der Gesetzgeber bei Schaffung des Tatbestandes vor allem die „Verwertung des illegal aufgenommenen oder abgehörten Wortes durch Publizierung in Druckschriften oder im Rundfunk“,<sup>173</sup> also durch Dritte verbieten wollte, kann Täter dieser Alternative ebenso der Aufnehmende oder der Abhörende selbst sein. Soweit Letzterer die Aufnahme zur Verwertung „nur“ weitergibt, ist bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen Anstiftung oder zumindest Beihilfe gegeben. Die Übergabe eines Wortprotokolls reicht aus, zumal der Abhörvorgang gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 1 keine Aufzeichnung erfordert.

38 **cc) Bagatellklausel.** Bereits der Rechtsausschuss erkannte die Notwendigkeit, den Tatbestand durch eine „Bagatellklausel“ des **Abs. 2 S. 2** „sachgerecht einzugrenzen und auf Fälle zu beschränken, deren Unrechtsgehalt den anderen Tathandlungen des § 201 StGB im Sinne einer Gefährdung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs vergleichbar ist“.<sup>174</sup> Offensichtlich belanglose Äußerungen, wie Gespräche über das Wetter oÄ, sollten dadurch bereits von der Tatbestandsmäßigkeit ausgenommen bleiben,<sup>175</sup> wie auch der Vergleich zu dem ebenfalls neugeschaffenen besonderen Rechtfertigungsgrund des Abs. 2 S. 3 (→ Rn. 54) ergibt. Für die Straffreiheit einer öffentlichen Mitteilung gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 2 kommt es danach nur darauf an, ob diese **geeignet** ist, **berechtigte Interessen** (→ § 193 Rn. 22 f.) eines anderen **zu beeinträchtigen**, unabhängig davon, ob tatsächlich eine Interessenverletzung eingetreten ist.<sup>176</sup> Um welche Art von Interessen es sich handelt, ist unerheblich, sofern diese in einer Gesamtbetrachtung schutzwürdig erscheinen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die mitgeteilte Äußerung ein materielles Geheimnis zum

<sup>163</sup> AG Weinheim 20.12.1993 – 5 Ds 29/93, NJW 1993, 1543 (1544); Fischer § 353d Rn. 6.

<sup>164</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 26.

<sup>165</sup> Schmitz JA 1995, 118 (120).

<sup>166</sup> NK-StGB/Kargl Rn. 19; Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele § 353d Rn. 46; aA Többers GA 1983, 97 (100); im Ergebnis auch OLG Hamm 4.3.1977 – 3 Ws 537/76, NJW 1977, 967 (968).

<sup>167</sup> So aber wohl Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 25.

<sup>168</sup> Schmitz JA 1995, 118 (120); Lackner/Kühl/Kühl Rn. 7.

<sup>169</sup> BT-Drs. 11/7414, 4.

<sup>170</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 25.

<sup>171</sup> Lackner/Kühl/Kühl Rn. 7.

<sup>172</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 25.

<sup>173</sup> BT-Drs. 11/6714, 3.

<sup>174</sup> BT-Drs. 11/7414, 4.

<sup>175</sup> LK-StGB/Schünemann Rn. 25; Lackner/Kühl/Kühl Rn. 8; aA Otto BT § 34 I 2, der in der Bagatellklausel einen objektiven Strafausschlussgrund sieht; differenzierend NK-StGB/Kargl Rn. 20.

<sup>176</sup> BT-Drs. 11/6714, 4; Lackner/Kühl/Kühl Rn. 8.



Inhalt hat oder nicht,<sup>177</sup> da § 201 keinen Geheimnisschutz bezweckt.<sup>178</sup> Fraglich erscheint indes, ob der **andere**, dessen berechnete Interessen durch die Mitteilung beeinträchtigt werden könnten, nicht nur der Sprecher, sondern auch ein Dritter sein kann, über den gesprochen wurde;<sup>179</sup> denn ein Dritter hätte sich nicht gegen die Aufzeichnung oder das Abhören eines fremden Gesprächs zur Wehr setzen und den erforderlichen Strafantrag (→ § 205 Rn. 5) stellen können. Da sich aus den Materialien des Gesetzgebungsverfahrens nichts für eine beabsichtigte Erweiterung des Schutzbereichs ergibt, ist davon auszugehen, dass der „andere“ in Abs. 2 S. 2 nur eine Bezugnahme auf den in Abs. 2 S. 1 Nr. 2 ebenfalls als „anderen“ bezeichneten Sprecher darstellt.

Die heimliche Aufzeichnung eines Personalgesprächs mit einem Smartphone, um eine Kündigungsschutzklage vorzubereiten oder einer Kündigung zu widersprechen, fällt regelmäßig weder unter die Bagatellklausel noch ist eine solche Aufnahme aus anderen Gründen zu rechtfertigen, weil die Aufnahme zugleich eine schwerwiegende Verletzung der arbeitsrechtlichen Rücksichtnahmepflicht darstellt, so dass die heimliche Aufnahme sogar einen eigenen Kündigungsgrund darstellen kann.<sup>180</sup>

**dd) Rechtfertigungsgrund gemäß Abs. 2 S. 3.** Die Regelung des Abs. 2 S. 3 konkretisiert einen aus Art. 5 Abs. 1 GG abgeleiteten **besonderen Rechtfertigungsgrund**,<sup>181</sup> welcher nur auf eine Tathandlung gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Anwendung finden kann (→ Rn. 54).<sup>182</sup>

## II. Rechtswidrigkeit

Den Begehungsweisen der Abs. 1 und 2 ist jeweils das Merkmal „unbefugt“ vorangestellt, so dass dessen Vorliegen bei allen Tatalternativen festzustellen ist. Diesem Merkmal hatte der Gesetzgeber gegenüber dem in den Entwürfen 1960/1962 enthaltenen, als reines Tatbestandsmerkmal ausgestalteten, Einwilligungserfordernis<sup>183</sup> den Vorzug gegeben, weil neben dem Abstellen auf eine vorhandene Einwilligung auch andere Fallgestaltungen bei gesetzlicher Erlaubnis oder auf Grund allgemeiner Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe straflos bleiben sollten.<sup>184</sup> Eine Entscheidung, ob bei einem Handeln mit Einwilligung des Berechtigten bereits die Tatbestandsmäßigkeit ausgeschlossen ist oder der Täter nur gerechtfertigt handelt, war damit ausdrücklich nicht verbunden.<sup>185</sup> Die dogmatische Einordnung dieser Fragestellung ist bis heute streitig. Die Rechtsprechung hatte bislang keinen Sachverhalt mit vorhandener Einwilligung vorliegen und zu entscheiden,<sup>186</sup> so dass in Entscheidungsgründen vorhandene allgemeine Ausführungen nicht problemorientiert sein konnten und mangels Bindungswirkung auch nicht herangezogen werden können. Die wohl hM in der Literatur<sup>187</sup> geht davon aus, dass unbefugt handelt, wer ohne Rechtfertigungsgrund die Tathandlung begeht, während von der Gegenmeinung dem Merkmal „unbefugt“ eine doppel funktionelle Bedeutung zugemessen wird, zur Einschränkung des Tatbestands bei einem Aufnehmen und Abhören mit Einverständnis des Sprechenden einerseits und zur Bezeichnung des allgemeinen Deliktsmerkmals der Rechtswidrigkeit anderer-

<sup>177</sup> BT-Drs. 11/6714, 4.

<sup>178</sup> BT-Drs. 11/6714, 4; Jung JuS 1991, 169.

<sup>179</sup> So Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 27; ebenso Schmitz JA 1995, 118 (120).

<sup>180</sup> LAG Rheinland-Pfalz 3.2.2016 – 7 Sa 220/15, NZA-RR 2016, 480.

<sup>181</sup> BT-Drs. 11/6714, 4.

<sup>182</sup> BT-Drs. 11/7414, 5.

<sup>183</sup> § 183 E: ... wird bestraft, wer 1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen ohne dessen Einwilligung auf einen Tonträger aufnimmt ... (Materialien zu E 1960 S. 41/Materialien zu E 1962 S. 65).

<sup>184</sup> BT-Drs. 7/550, 236.

<sup>185</sup> BT-Drs. 7/550, 236; zum Stand der Diskussion allgemein Rönnau Jura 2002, 665 (666).

<sup>186</sup> Vgl. BGH 4.3.1993 – 4 StR 640/82, BGHSt 31, 304 (306) = NSStZ 1983, 466 mAnm. Meyer NSStZ 1983, 467; OLG Karlsruhe 9.11.1978 – 2 Ss 241/78, NJW 1979, 1513 (1514); KG 20.9.1979 – (4) Ss 152/79 (66/79), JR 1981, 254.

<sup>187</sup> Evers ZRP 1970, 147 (148); Klug FS Sarstedt, 1981, 107; Kramer NJW 1990, 1760 (1761); Otto BT § 34 I 4; Suppert S. 181 f.; Wölfl S. 180; Fischer Rn. 9; LK-StGB/Schünemann Rn. 27; SK-StGB/Samson Rn. 23.

§ 201 41, 42 BT. 15. Abschnitt. Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

seits.<sup>188</sup> Auch wenn in der Beurteilung der meisten Fallbeispiele im Ergebnis dennoch weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich einer Strafbarkeit unter den verschiedenen Meinungen herrscht, unterscheiden sich Lösungswege und hierfür gegebene Begründungen. Folgende Fallgruppen kommen dabei in Betracht:

**41 1. Einwilligung.** Das offen erklärte Einverständnis des Sprechers wird regelmäßig nur bei einer Aufnahme iS von Abs. 1 Nr. 1 relevant werden, weil bei einer Einwilligung ins Abhören gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 1 das gesprochene Wort richtigerweise (auch) zur Kenntnis des Abhörenden bestimmt ist und schon deswegen als Tatbestand ausscheidet. Demgegenüber bedarf die sehr weit gefasste Tathandlung der Aufnahme des nichtöffentlich gesprochenen Wortes für den Fall der Einwilligung eines Korrektivs; denn es fehlt in solchen Fällen bereits an einer Rechtsgutsbeeinträchtigung.<sup>189</sup> Darüber hinaus ist es kaum dogmatisch begründbar, dass eine mit Einverständnis oder gar im Auftrag des anderen gefertigte Aufzeichnung seiner Worte das Schutzgut (→ Rn. 2 f.) der Unbefangenheit der mündlichen Äußerung überhaupt beeinträchtigen könnte und die Aufnahmehandlung in solchen Fällen ‚nur‘ gerechtfertigt sein soll. Insoweit ist die Sachlage auch nicht mit der Beurteilung eines ärztlichen Heileingriffs (→ § 223 Rn. 39 ff.) vergleichbar, da dort die körperliche Unversehrtheit zunächst tatsächlich beeinträchtigt wird. Ein erteiltes Einverständnis kann aber immer nur die Aufnahme der Worte des Einwilligenden, nicht die anderer Gesprächspartner erfassen.<sup>190</sup> Daher kann eine (bei Versammlungen) nur mehrheitlich beschlossene Aufzeichnung die Einwilligung des einzelnen Redners nicht ersetzen;<sup>191</sup> im Regelfall wird dann allerdings von einer stillschweigenden Einwilligung auszugehen sein. – Bei einer **konkludent erklärten Einwilligung** ist die Tatbestandsmäßigkeit ausgeschlossen, dh in Fällen, in denen der Sprechende von der Aufnahme Kenntnis hat und, ohne irgendeinem inneren oder äußeren Druck ausgesetzt zu sein,<sup>192</sup> sich dennoch artikuliert (zB Rede in nichtöffentlicher Versammlung nach vorangegangener Ankündigung von Tonaufnahmen; Aufzeichnung von Teilen einer Hauptverhandlung nach gerichtlichem Hinweis und ohne Widerspruch der Prozessbeteiligten;<sup>193</sup> Interview mit Medienvertreter; Anrufe bei Notrufzentralen, Banken oder anderen Unternehmen, von denen eine Aufzeichnung der Telefonate allgemein bekannt ist). An einer konkludenten Einwilligung fehlt es jedoch (mangels entsprechender Willensbildung), wenn der Betroffene zwar weiß, dass er abgehört wird oder seine Worte aufgezeichnet werden, er dies aber nicht billigt<sup>194</sup> oder gar widerspricht.

**42** Die Annahme **mutmaßlicher Einwilligung** kann demgegenüber ein Täterhandeln lediglich rechtfertigen,<sup>195</sup> weil der Betroffene auf sein geschütztes Persönlichkeitsgut ohne Wissen um die konkrete Tathandlung nicht verzichten kann. In diesem Zusammenhang weist *Schünemann*<sup>196</sup> zu Recht jedoch darauf hin, dass dieser Rechtfertigungsgrund im Rahmen des § 201 nur selten eingreifen dürfte, da in nahezu allen diskutierten Fallgruppen das rechtzeitige Einholen einer Einwilligung des Sprechenden möglich und zumutbar ist. Dies gilt insbesondere für Telefongespräche im Geschäfts- und Behördenverkehr,<sup>197</sup> weil

<sup>188</sup> *Wormer* S. 230; *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele* Rn. 29; *Lackner/Kühl/Kühl* Rn. 9; *Maurach/Schroeder/Maiwald* § 29 IV Rn. 56; *Rengier* BT/II § 31 Rn. 7.

<sup>189</sup> Vgl. auch *NK-StGB/Kargl* Rn. 23; *Lenckner* S. 147 f.; *Frank* S. 50.

<sup>190</sup> *HessLAG* 22.9.1994 – 5 TaBV 183/93, CR 1995, 678; *SK-StGB/Samson* Rn. 24; *LK-StGB/Schünemann* Rn. 32.

<sup>191</sup> *LK-StGB/Schünemann* Rn. 44 ff.

<sup>192</sup> Siehe hierzu den Sachverhalt bei OLG Jena 24.4.1995 – 1 Ss 184/94, NStZ 1995, 502 (503).

<sup>193</sup> BGH 4.2.1964 – 1 StR 510/63, BGHSt 19, 193 (195).

<sup>194</sup> BGH 4.2.1964 – 1 StR 510/63, BGHSt 19, 193 (194); OLG Jena 24.4.1995 – 1 Ss 184/94, NStZ 1995, 502 (503); *Joerden* JR 1996, 265 (267); *LK-StGB/Schünemann* Rn. 33; aA *Lackner/Kühl/Kühl* Rn. 11; einschränkend *SK-StGB/Samson* Rn. 24; *Fischer* Rn. 10.

<sup>195</sup> *Wormer* S. 230; *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele* Rn. 30.

<sup>196</sup> *LK-StGB/Schünemann* Rn. 36.

<sup>197</sup> BVerfG 31.1.1973 – 2 BvR 454/71, BVerfGE 34, 238 (247 f.); BGH 13.10.1987 – VI ZR 83/87, NJW 1988, 1016 (1017); *Kramer* NJW 1990, 1760 (1762); *Werner* NJW 1988, 993 (997). Für einen großzügigeren Anwendungsbereich der mutmaßlichen Einwilligung: *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele* Rn. 30; wohl auch *Fischer* Rn. 7.

bei Beginn des Gesprächs ohne Weiteres das Einverständnis zur Aufzeichnung erfragt werden kann. Allerdings scheint im **Geschäftsverkehr** inzwischen die Auffassung Platz zu greifen, dass insbesondere im Rahmen von Vertragsverhandlungen und bei Absprache vertraglicher Einzelheiten von einer mutmaßlichen Einwilligung in das Mithören von zuständigen Mitarbeitern auszugehen sei, jedenfalls dann, wenn keine Vertraulichkeit des Gesprächs und auch kein Geheimhaltungsinteresse bestehen.<sup>198</sup> Dem ist allerdings entgegen zu halten, dass ein Telekommunikationspartner regelmäßig nicht erkennen kann, ob der andere eine Mithöreinrichtung betätigt hat und ob bzw. wie viele weitere Personen mithören. Ihn insoweit auf eine Rückfragennotwendigkeit zu verweisen, ob und ggf. wer noch mithört, erscheint jedenfalls unzumutbarer als dem anderen die Verpflichtung zu belassen, vor dem Anschalten einer Mithör- bzw. Aufzeichnungsmöglichkeit die ausdrückliche Zustimmung seines Gesprächspartners einzuholen, so dass grundsätzlich nicht von dem Vorliegen einer mutmaßlichen Einwilligung ausgegangen werden kann.

Unterbleibt eine vorherige Nachfrage beim Gesprächspartner im Hinblick auf eine erwartete Verweigerung der Zustimmung, kann der Aufnehmende aber auf keinen Fall auf eine mutmaßliche Einwilligung vertrauen. Allenfalls bei den oftmals als Beispiele angeführten **Ansagediensten** und **telefonischen Durchsagen**, Börsen- oder ähnlich standardisierten Nachrichten sowie Bestellungen von Waren- und Dienstleistungen<sup>199</sup> mag eine mutmaßliche Einwilligung Platz greifen. Soweit es sich jedoch um automatisierte Ansagen handelt, fehlt es bereits an einer unmittelbaren Aufnahme des gesprochenen Wortes (→ Rn. 22 f.); bei elektronisch erstellten Ansagen liegt darüber hinaus gar kein gesprochenes Wort einer anderen Person vor. In den übrigen Fällen wird zumeist von einem zumindest stillschweigenden Einverständnis auszugehen sein, wobei gerade bei Bankdiensten und Bestellannahmen eine Einwilligung vielfach schon bei Aufnahme der Geschäftsbeziehungen ausdrücklich erklärt wird.

Hat der Betroffene in die Aufzeichnung seiner Worte eingewilligt, sind auch **Verwertungshandlungen**, Gebrauchen oder Zugänglichmachen der Aufnahme gemäß Abs. 1 Nr. 1 bzw. eine öffentliche Mitteilung gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 2, nicht strafbar; eine ergänzende Einwilligung ist nicht erforderlich (→ Rn. 25, 36).<sup>200</sup> Dies gilt auch bei einem später zurückgezogenen Einverständnis, da der Zeitpunkt der Herstellung der Aufzeichnung maßgeblich ist.<sup>201</sup>

**2. Staatliche Maßnahmen.** Eingriffe durch staatliche Behörden bedürfen grundsätzlich einer gesetzlichen Ermächtigung. Dabei sind die Befugnisse von **Strafverfolgungsbehörden** zum **Abhören und Aufzeichnen des Telekommunikationsverkehrs** einer Person in §§ 100a, 100b StPO abschließend geregelt.<sup>202</sup> Gleichartige Eingriffsermächtigungen unter anderem zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs ergeben sich nach dem Außenwirtschaftsgesetz oder dem Kriegswaffenkontrollgesetz für Mitarbeiter des Zollkriminalamtes aus §§ 39 ff. AWG sowie für den Verfassungsschutz und die anderen Geheim- und Sicherheitsdienste aus §§ 1, 3 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10).<sup>203</sup> Für nichtöffentlich gesprochene Worte **außerhalb des Telekommunikationsverkehrs** folgt die entsprechende Befugnis aus § 100c Abs. 1 Nr. 2 StPO (außerhalb einer Wohnung) und § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO (Abhören des in einer Wohnung gesprochenen Wortes), jeweils iVm Art. 13 Abs. 3–5 GG sowie §§ 100c Abs. 2 u. 3, 100d StPO. Als Konsequenz der Terroranschläge vom 11.9.2001 wurde

<sup>198</sup> Thüringer OLG 27.9.2005 – 8 U 861/04, BeckRS 2011, 18101; Zöller/Greger, 25. Aufl. 2005, ZPO § 286 Rn. 15b.

<sup>199</sup> Beispiele genannt bei: BVerfG 31.1.1973 – 2 BvR 454/71, BVerfGE 34, 238 (247 f.); BGH 13.10.1987 – VI ZR 83/87, NJW 1988, 1016 (1017); Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 30.

<sup>200</sup> Kramer NJW 1990, 1760 (1762); LK-StGB/Schünemann Rn. 36; Fischer Rn. 10; aA Lackner/Kühl/Kühl Rn. 11.

<sup>201</sup> Kramer NJW 1990, 1760 (1762).

<sup>202</sup> BGH 17.3.1983 – 4 Str. 640, 82, BGHSt 31, 304 (306); s.a. BGH 24.4.2008 – 1 StR 169/08; Evers ZRP 1970, 147 (149 f.).

<sup>203</sup> Neufassung des Gesetzes vom 26.6.2001, BGBl. I S. 1254.



## § 201 46–49 BT. 15. Abschnitt. Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

durch das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus vom 9.1.2002, BGBl. I S. 361, die Möglichkeit von Sprachaufzeichnungen zur Identitätsfeststellung von Ausländern durch zuständige Behörden geschaffen, wobei allerdings der Betroffene vor Aufzeichnung hierüber in Kenntnis zu setzen ist (§ 41 Abs. 2 S. 2–4 AuslG, § 16 Abs. 1 S. 3–5 AsylG).

- 46 Auch für das Tätigwerden im Rahmen präventiv-polizeilicher **Gefahrenabwehr** gibt es insbesondere in den Polizeigesetzen<sup>204</sup> und Verfassungsschutzgesetzen der Länder<sup>205</sup> Eingriffsbefugnisse, welche teilweise schon vor Einführung der Regelungen in der StPO eine Wohnraumüberwachung zugelassen haben. Strafvollzugsbehörden ist die Fernsprechüberwachung von Gefangenen unter den Voraussetzungen der §§ 32, 27 StVollzG erlaubt. – Allerdings gibt es, worauf zuletzt *Nelles*<sup>206</sup> hingewiesen hat, keine ausdrückliche Ermächtigungsgrundlage für Ermittlungsbehörden und deren Mitarbeiter, um in Erpressungs- und Bedrohungsfällen die Anrufe der Täter bei den Opfern aufzuzeichnen, weil § 100a StPO nur Beschuldigte oder Nachrichtennmittler erfasst und daher für diese Fälle ein Rückgriff auf allgemeine Rechtfertigungsgründe erforderlich bleibt (→ Rn. 47 f.).<sup>207</sup>
- 47 Soweit das Abhören und/oder Aufnehmen von einer der vorgenannten Befugnisnormen gedeckt ist, ist das staatliche Handeln gerechtfertigt.<sup>208</sup> Darüber hinaus kann zumindest für Zwecke der Strafverfolgung **Notwehr oder rechtfertigender Notstand** allenfalls in ganz außergewöhnlichen Fällen in Betracht kommen<sup>209</sup> und nur soweit keine sonstigen speziellen gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind.<sup>210</sup> Daher dürfte im Rahmen des § 201 seit der gesetzlichen Regelung der Voraussetzungen einer Wohnraumüberwachung, bis auf die nicht geregelten Erpressungs- und Bedrohungsfälle,<sup>211</sup> kaum noch ein Anwendungsbereich allgemeiner Rechtfertigungsgründe für staatliches Eingriffshandeln gegeben sein.
- 48 Auch **Journalisten** oder Mitarbeiter von anderen **Medien** können aus der Gewährleistung von Rundfunk- und Pressefreiheit kein Recht herleiten, unbefugt Aufnahmen von Telefongesprächen anfertigen und verwenden zu dürfen; denn auch Rundfunk- und Pressefreiheit nach Art. 5 Abs. 2 GG findet ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze.<sup>212</sup> Allerdings kann im Rahmen des Strafausspruchs die Gewichtigkeit der dadurch eingetretenen Rechtsverletzung mit dem Interesse der Öffentlichkeit an der Aufklärung bestimmter Sachfragen abgewogen werden. Außerdem kommt es für die Schwere einer Tat auch darauf an, welchen Grad der Vertraulichkeit der Sprecher erwarten durfte, dessen Äußerung aufgezeichnet worden war.<sup>213</sup>
- 49 **3. Handeln privater Personen.** Verschiedene Motive können Anlass sein, das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen ohne dessen Wissen oder Zustimmung aufzunehmen oder abzuhören. Die Äußerung kann in Zusammenhang mit einer Straftat oder einem beabsichtigten bzw. erwarteten gerichtlichen Verfahren stehen, die Aufzeichnung kann aber auch für evtl. Beweis Zwecke erfolgen. Darüber hinaus ist gerade in letzteren Fällen zwischen der Aufnahmehandlung selbst und einer späteren prozessualen Verwertbarkeit zu unterscheiden.

<sup>204</sup> Vgl. ua Art. 34 Abs. 1 iVm Art. 33 Abs. 1 Nr. 2 BayPAG; § 23 Abs. 1 iVm § 22 Abs. 1 Nr. 2 PolG BW; § 25 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 4 ASOG Bln; § 33 Abs. 1, 3 PolG Bbg; § 10 Abs. 1 iVm § 9 Abs. 1 HambGDatPol; § 15 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 HessSOG; § 33 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 SOG MV; § 35 Abs. 1 NGefAG; § 18 Abs. 2, Abs. 1 Nr. 1 PolG NW; § 28 Abs. 2 Nr. 2 SaarlPolG; §§ 39 Abs. 1, 40 Abs. 1 SächsPolG; § 17 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 4, 5 SOG SAnh; § 34 Abs. 3 iVm 35 Abs. 1 Nr. 1 ThürPAG. Kritisch zu Ermächtigungsgrundlagen für eine präventive polizeiliche Telefonüberwachung: *Mann/Müller ZRP* 1995, 180 (183).

<sup>205</sup> Vgl. ua § 6 Abs. 2, 3 LVSG BW; § 5 Abs. 2 iVm § 7 VSG NW; § 10 Abs. 1, 2 LVerfSchG RhPf; § 5 Abs. 1 SächsVSG; § 6 Abs. 1 ThürVSG.

<sup>206</sup> *Nelles FS Stree/Wessels*, 719 (724 ff.).

<sup>207</sup> *Nelles FS Stree/Wessels*, 719 (727).

<sup>208</sup> BGH 24.4.2008 – 1 StR 169/08, NStZ 2008, 473.

<sup>209</sup> BGH 17.3.1983 – 4 Str. 640/82, BGHSt 31, 304 (306); BGH 9.4.1986 – 3 StR 551/85, BGHSt 34, 39 (51 ff.); siehe hierzu auch *Wolfs last NStZ* 1987, 103 (105); *Botke Jura* 1987, 356 (363 f.).

<sup>210</sup> *Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele Rn. 34a; LK-StGB/Schünemann Rn. 30.*

<sup>211</sup> *Nelles FS Stree/Wessels*, 719 (724 ff.).

<sup>212</sup> BVerfG (Kammerbeschl.) 10.12.2010 – 1 BvR 1739/04, NJW 2011, 1859 Rn. 17.

<sup>213</sup> BVerfG (Kammerbeschl.) 10.12.2010 – 1 BvR 1739/04, NJW 2011, 1859 Rn. 28.